



**TOMASZ KONICZ**  
**AUFSTIEG**  
**&**  
**ZERFALL**  
**DES**  
**DEUTSCHEN**  
**EUROPA**

### 3.4 Wege in den Zerfall – Zusammenfassung und Ausblick

»No one wins. One side just loses more slowly.«  
Prez, The Wire

Aus den vorangegangenen Kapiteln wurde klar ersichtlich, wie dieselbe neomerkantilistische Strategie, die zur wirtschaftlichen – und somit auch politischen – Dominanz der BRD innerhalb der Eurozone führte und den Aufstieg des »Deutschen Europa« zur Folge hatte, hiernach in Wechselwirkung mit dem systemischen Krisenprozess zur Zerrüttung, zum sich immer deutlicher abzeichnenden Zerfall dieser deutsch dominierten Währungsunion führt.

Die >subjektive< neomerkantilistische deutsche Großmachtstrategie, die Europas Krisenländer in eine Art Schuldknechtschaft trieb, fügte sich somit in den >objektiven< spätkapitalistischen Krisenprozess ein, der mit einer Zunahme von Verschuldungsprozessen und Leistungsbilanzungleichgewichten einherging. Gewissermaßen kann heutzutage erfolgreiche kapitalistische Wirtschaftspolitik nur noch auf Kosten anderer Wirtschaftsräume betrieben werden. In der ungeheuren Wucht, mit der Europas Schuldenländer nach 2008 zusammenbrachen, mischten sich folglich Krisendynamik mit deutschem Größenwahn. Mitunter hat Berlin die Krisenverwerfungen an den Finanzmärkten bewusst instrumentalisiert, um unter Einsatz eskalierender Zinslast renitente Krisenstaaten zur Kapitulation zu bewegen. Die Berliner Politikaste ist deshalb selbstverständlich für den desaströsen Krisenverlauf in Europa voll verantwortlich. Aufgrund des deutschen Sparsadismus ist die Eurozone »auf dem Globus dasjenige Gebiet, das von der 2007 offen ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise am schwersten betroffen wurde«, wie es der Ökonom Lucas Zeise ausdrückte.

Diese lang anhaltende Wirtschaftskrise, in der sich – mit Ausnahme Deutschlands – nahezu der gesamte Währungsraum in unterschiedlicher Intensität befindet, geht mit einem an Dynamik gewinnenden Destabilisierungsprozess einher. Innenpolitisch gewinnen in vielen Krisenländern rechtspopulistische oder herkömmliche faschistische Kräfte an Auftrieb (siehe Kapitel 4), während die zunehmende Krisenkonkurrenz zwischen den Staatsapparaten zu einer Zunahme der zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen und europaweiten Zentrifugalkräfte führte, die mit Nationalismus und Chauvinismus, mit einer reaktionären Massenflucht in die Nation, einhergehen. Spätestens



ein Sieg des Front National bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2017 dürfte das praktische Ende der Eurozone einleiten.

Neben den zunehmenden politischen Verwerfungen, die den Euroraum untermenieren, sind es die sich global zuspitzenden systemischen Widersprüche, die das »europäische Haus« in einem neuen Krisenschub sprengen könnten. Der ökonomische Fallout des gnadenlosen Wirtschaftskrieges, den Deutschland um die Errichtung einer europäischen Hegemonie führt, destabilisiert das labile spätkapitalistische Weltsystem zusätzlich. Was Schäuble und Merkel nicht auf ihrer machtpolitischen Rechnung haben, ist ebendieser systemische Krisenprozess (siehe Kapitel 3.1), der sich immer weiter in das spätkapitalistische Weltsystem frisst. Niemand gewinnt in dieser brutalen Krisenkonkurrenz, die inzwischen in allen Bereichen der spätkapitalistischen Gesellschaften tobt. Es geht nur noch darum, wer bei diesem in maßlose Exzesse gesteigerten kapitalistischen Wettlauf nach unten der letzte Verlierer sein wird.

In der gegenwärtigen Systemkrise kommt eigentlich nur der altertümliche Charakter der kapitalistischen Produktionsweise zum Vorschein. Dieses Grundprinzip kapitalistischer Warenproduktion – die auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern beruht – hat sich seit deren historischer Durchsetzung nicht geändert: Der Kapitalismus stellt eigentlich eine recht archaische Produktionsweise dar, die in den Irren- und Arbeitshäusern der Frühen Neuzeit ausgebrütet wurde und im 19. Jahrhundert zur vollen Entfaltung gelangte, als Kinderhände zu Elendslöhnen bei 12-Stunden-Schichten in der Produktion verschlissen wurden. Mit jeder technologischen Revolution und jeder Rationalisierungswelle mussten also auch neue Produktionszweige entstehen – nicht nur, um die in den »alten Industriezweigen« freigewordenen Arbeitskräfte aufzunehmen, sondern auch, um dem Kapital neue Anlagemöglichkeiten zu verschaffen.

Dieser derzeit auf die Spitze getriebene »prozessierende Widerspruch« des Kapitals gründet also darauf, dass das Kapital mit der Verdrängung der Lohnarbeit aus der Produktion auch seine eigene Substanz aushöhlt. Die kapitalistische Arbeitsgesellschaft beruht tatsächlich auf der Verwertung von Arbeit im Produktionsprozess – dieser Prozess stößt nun aufgrund der konkurrenzvermittelten Rationalisierung an eine innere Schranke (Robert Kurz). Das Kapital wird hierbei seiner Substanz – also der im Produktionsprozess »verwerteten« Lohnarbeit – beraubt und so »substanlos« und »fiktiv«. Die Expansion der Finanzmärkte hat nicht nur die besagte Ausbildung der Schuldenberge ermöglicht, die mittels einer kreditfinanzierten Nachfrage das System am Laufen hielten, sondern auch neue Investitionsmöglichkeiten für das Kapital geschaf-



fen, das in der realen Produktion nicht mehr verwertet werden konnte. Die »substanzlose« Vermehrung von Eigentumstiteln in der Finanzsphäre kompensierte folglich die zunehmenden Probleme des Kapitals, durch Lohnarbeit eine »substanzliche« Verwertung in der Warenproduktion zu erzielen.

Deswegen sind übrigens auch alle Versuche zum Scheitern verurteilt, diesen »fiktiven« Reichtum an den Finanzmärkten durch Steuern und Umverteilung anzuzapfen. Dies würde in einer exorbitanten Inflationswelle münden, da dieses fiktive Finanzkapital nicht vergangene Verausgabung von Arbeitskraft in der Warenproduktion zur Substanz hat, sondern einen Vorgriff auf künftige, noch nicht realisierte Verwertungsprozesse darstellt.

Entscheidend hierbei ist, dass es sich beim Kapital um einen gesellschaftlichen Prozess handelt, bei dem aus Geld mehr Geld gemacht wird – und bei dem ein permanenter Formwandel (Geld – Ware – Mehrgeld) vonstattengeht. Bei dem Prozess der Kapitalverwertung wandelt sich das in Geldform eingesetzte Kapital in Lohnarbeit (die einzige Ware, die Mehrwert schaffen kann), anschließend in Waren, um nach deren Verkauf auf dem Markt zu mehr Geld zu werden. Aufgrund der Rationalisierungsschübe der Dritten Industriellen Revolution verlagerte sich dieser Prozess der Verwertung in die Finanzsphäre, wo die Vermehrung von Finanztiteln die reale Kapitalverwertung ersetzte. In der gegenwärtigen (2015) Liquiditätsblase, die durch die expansive Geldpolitik der Notenbanken initiiert wurde, stößt auch diese finanzielle Expansion an ihre Grenzen.

Da das Kapital somit seiner Substanz – der Lohnarbeit – verlustig geht, wird dieser Krisenprozess in einer gigantischen Entwertungswelle kulminieren, die alle Formen betrifft, die das Kapital bei dem geschilderten Formwandel seiner Selbstverwertung einnimmt: Geld, Waren, Arbeit und Finanztitel. Dieser Prozess ist bereits in vollem Gange – vor allem in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems. Wie eine Entwertung von Waren aussieht, kann man in den USA oder Spanien studieren: Dort werden – trotz steigender Obdachlosigkeit – Häuser abgerissen, weil das in ihnen vergegenständlichte Kapital nicht realisiert werden kann.

Dieser zunehmend kriselnde Verwertungsprozess der Lohnarbeit (der nicht die Herstellung von Gebrauchswerten, sondern nur die Geldvermehrung zum Ziel hat) bildet das Rückgrat der gesamten kapitalistischen Gesellschaft: Alle gesellschaftlichen Regungen sind nur dann »finanzierbar«, wenn dies über Löhne oder Steuern aus gelingender Kapitalverwertung geschieht. Sobald das Kapital seiner Substanz verlustig geht, gehen notwendigerweise auch seine einzelnen Formen – Geld, Ware, Arbeit, Finanztitel – in Substanzlosigkeit über.



Mit dem Absterben der Lohnarbeit geht somit auch die Arbeitsgesellschaft unweigerlich zugrunde. Mit dem Kapital werden auch die gesellschaftlichen Formen und Institutionen (wie etwa die Nationalstaaten) in Geschichte übergehen – und dieser Prozess hat schon längst begonnen, wie ein Blick auf das Chaos in der ›Dritten Welt‹, auf die rapide Ausbreitung der »Failed States« offenbart.

Der gewissermaßen schizophrene Charakter der EU als eine transnationale Union von Nationalstaaten resultiert gerade aus diesem Krisenprozess, der nur durch eine andauernde Verschuldungsdynamik aufrechterhalten werden kann. Es ist das Bestreben, den Nationalstaat zu überwinden, ohne den Nationalstaat im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überwinden zu können, angetrieben von der »Flucht nach vorn« vor den sich zuspitzenden systemischen Widersprüchen in transnationale Wirtschaftsräume, die durch krisenbedingt zunehmende nationale Gegensätze konterkariert wird. Unter Einsatz des europäischen Währungsraumes wurde Peripheriestaaten die Bonität der Kernstaaten der EU verschafft, was der Eurozone eine Periode guten Wachstums verschaffte, bis diese Peripheriestaaten total überschuldet waren. Hiernach traten die nationalen Interessen wieder stärker in den Vordergrund, bis sie in dem brutalen deutschen Hegemonialstreben kulminierten.

In den – nationalen – Machtkämpfen in der Eurozone tritt somit die geschilderte »Krisenfälle« der kapitalistischen Krisenpolitik wieder offen zutage, bei der die politische Klasse nur zwischen verschiedenen Wegen in die Krise, zwischen Deficit Spending oder Sparprogrammen, wählen kann – wobei sie dies hier entlang nationaler Frontverläufe tut: Deutschland peitschte aus seiner imperialistischen Zielsetzung heraus das neoliberale Spardiktat durch, während die Krisenländer und Frankreich immer wieder keynesianische Politikkonzepte ins Spiel brachten.

Die Gnadenlosigkeit, mit der Deutschland sein Sparregime in Europa durchsetzte, liegt gerade an dem Fortleben des anachronistischen und gewissermaßen dysfunktionalen Nationalismus in einem Spätkapitalismus, der die Grundlage der Nation, die Volkswirtschaft, längst in der krisenhaften Globalisierung aufgelöst hatte. Die Absurdität ist mit Händen zu greifen: Die Bundesrepublik, die wie kaum ein anderes Land von der kapitalistischen Weltwirtschaft abhängig ist, wurde auf dem Höhenpunkt der Griechenlandkrise im Sommer 2015 von einem chauvinistischen Wahn erfasst, der es der politischen Führung ermöglichte, Hellas in den Zusammenbruch zu treiben. Die Griechen wurden als »die Anderen« angesehen, als eine feindliche Nation in einem nationalen Wirtschaftskrieg – der absurderweise in einem gemeinsamen Währungsraum geführt wird.



Dabei zeigt das Scheitern der keynesianischen Konjunkturprogramme, etwa in China, wo diese als Initialzündung für die Mitte 2015 platzende Schuldenblase dienten, dass die keynesianischen Politikrezepte des Defecit Spending die Krisendynamik höchstens verzögern können. Offensichtlich halten schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme die Wirtschaft durch eine Art konjunkturelles »Strohfeuer« nur kurzfristig am Laufen, und sie führen mittels lockerer Geldpolitik zur Blasenbildung. Und genauso trifft es offensichtlich zu, dass Sparprogramme die betreffenden Länder in den sozioökonomischen Kollaps führen. Die einzige logische Schlussfolgerung, die aus diesen Fakten und der korrespondierenden Debatte zu ziehen ist, besteht in der Einsicht, dass der Kapitalismus offensichtlich ohne permanente Schuldenbildung nicht mehr funktionsfähig ist. Die Beteiligten auf beiden Seiten der krisenpolitischen Auseinandersetzungen – die deutschen Sparfanatiker wie die angelsächsischen und südeuropäischen Keynesianer – können nur deswegen nicht zu dieser Schlussfolgerung gelangen, weil sie die derzeitige Gesellschaftsordnung für ein Naturgesetz halten, das nicht hinterfragbar ist. In seiner Agonie nimmt der Kapitalismus die Charakterzüge einer säkularisierten Religion an.

Die Wege in den Zerfall des »Deutschen Europa« zeichnen sich bereits deutlich ab. Zum einen drohen, wie schon eingangs angedeutet, die europäischen Auseinandersetzungen als eine Initialzündung für einen neuen globalen Krisenschub zu fungieren, der die Liquiditätsblase platzen lassen würde, in der das kapitalistische Weltsystem seit dem Platzen der Immobilienblasen 2007/2008 verfangen ist. Insbesondere die US-Geldpolitik hat die Versorgung des Weltfinanzsystems mit immer neuer Liquidität zu ihrer Maxime gemacht, was – neben der lang anhaltenden Nullzinspolitik – zu der größten Gelddruckaktion in der fünfhundertjährigen Geschichte des kapitalistischen Weltsystems führte (dem berühmtesten »Quantitative Easing« – Quantitative Lockerung). Die US-Notenbank Fed kaufte zwischen 2009 und Oktober 2014 Finanzmarktpapiere im »Wert« von 3,5 Billionen Dollar auf, wodurch das System tatsächlich kurzfristig stabilisiert werden konnte. An potenziellen Brandherden in dem durch jahrelange Gelddruckerei aufgeblasenen Weltfinanzsystem scheint es aber inzwischen nicht zu mangeln. Neben der dramatischen Lage auf den Aktien- und Immobilienmärkten Chinas, wo fallende Preise nicht nur den heimischen Finanzmarkt bedrohen, sondern auch andere Märkte anstecken könnten, gelten auch die Schwellenländer als ein weiterer Krisenherd, die nicht nur durch den Preisverfall bei Öl und anderen Rohstoffen gefährdet sind, sondern auch durch den raschen Anstieg des US-Dollar und die drohende Zinswende der Fed.



Zur Erinnerung: Die gigantische Gelddruckerei der US-Notenbank, die zur Überwindung der Folgen der geplatzten Immobilienblase initiiert wurde, hat die Ausbildung neuer Schuldenblasen in den Schwellenländern ermöglicht, da das Kapital angesichts von Negativzinsen in den Zentren des Weltsystems auf der Suche nach höheren Renditen in die Semiperipherie strömte – die ja eine Zeit lang von der bürgerlichen Wirtschaftspresse in fast schon beeindruckender Ignoranz als künftige »Lokomotive der Weltwirtschaft« gefeiert wurden. Nach dem Einstellen des Quantitative Easing der Fed geht den Blasen in den Schwellenländern die Luft aus, da die globalen Finanzströme sich erneut auf die Zentren verlagern und der Wertauftrieb des US-Dollar die Bedienung der in Dollar aufgenommenen Kredite in Ländern wie Argentinien, Brasilien, Südafrika und Nigeria zunehmend erschwert.

Fazit: China taumelt, die Schwellenländer, etwa Brasilien, gehen teilweise in den offenen Krisenmodus über. Es bedarf in einer solch prekären Lage der Weltwirtschaft keiner großen Erschütterungen, um dieses labile Kartenhaus einstürzen zu lassen und einen neuen Krisenschub auszulösen, der die gegenwärtige Liquiditätsblase platzen ließe. Hierdurch würde auch das »Europäische Projekt« zu Grabe getragen.

Wie bereits angedeutet, ist der europäische Nationalismus längst zu einer anachronistischen Ideologie verkommen, der mit der nationalen Volkswirtschaft die ökonomische Grundlage verloren ging – und der in Gestalt des Standortnationalismus eine aggressive Verfallsform besonders in der BRD ausgebildet hat (siehe Kapitel 4). Auch die Nation bildet – genauso wenig wie das Kapitalverhältnis – keine natürliche Konstante der menschlichen Geschichte; sie stellt vielmehr ein relativ neues, erst im 19. Jahrhundert breit etabliertes Phänomen dar, das nun in Auflösung übergeht.

Hiervon zeugt die krisenbedingte Zunahme regionaler »Unabhängigkeitsbewegungen« in Europa. Angefacht von der nicht enden wollenden Eurokrise, scheinen separatistische Bewegungen in vielen Regionen der Europäischen Union Morgenluft zu wittern. Die Landkarte der alten Welt könnte mittelfristig um ein eigenständiges Schottland, um Katalonien, Wallonien, Flandern, Südtirol und ein in Norditalien zu errichtendes »Padanien« ergänzt werden. In Spanien, Italien oder Belgien – wo Schuldenkrisen und Rezessionen massive Pauperisierungsschübe befördern – können die zunehmenden Zentrifugalkräfte kaum noch unter den Teppich gekehrt werden. Es sind dabei fast immer die »wohlhabenden«, wirtschaftlich am meisten entwickelten Regionen, in denen sich Unabhängigkeitsbestrebungen rühren.



In Spanien ist es Katalonien, in dem die Bestrebungen zunehmen, sich aus dem krisengeplagten und hoch verschuldeten Staatsverbund zu lösen, um die Transferzahlungen an die südspanischen Armutsregionen künftig zu umgehen. In Italien sind separatistische Bewegungen im wohlhabenden Südtirol und der als industrielles Kernland geltenden Poebene aktiv – auch hier verschmelzen alte nationalistische und regionalistische Ressentiments mit dem krisenbedingt zunehmenden Unwillen, Transferzahlungen an die Zentralregierung und die ökonomisch abgeschlagenen Regionen im traditionell sozioökonomisch zwischen Nord und Süd gespaltenen Italien zu leisten. In Belgien wiederum haben Separatisten in der wirtschaftlich dominanten Region Flandern Zulauf, die den überschuldeten belgischen Staatsverband mitsamt der ökonomisch verwüsteten Region Wallonien verlassen wollen. Einzig in Schottland scheinen solch eindeutige ökonomische Vorteile nicht offensichtlich zu sein – was sich dann auch im Abstimmungsergebnis des Referendums äußerte.

Obwohl sie auf mitunter uralten, historisch basierten regionalen Differenzen und Animositäten gründen, sind die gegenwärtigen secessionistischen Debatten vor allem durch eine ökonomistische Wirtschaftsstandortideologie determiniert. Durch die Abtrennung vom – krisengeschüttelten – Staatsverbund möchten die Separatisten eine Verbesserung ihrer sozioökonomischen Lage erreichen.

Es ist dieselbe Krisenlogik, die auch die eingangs skizzierten nationalen Auseinandersetzungen innerhalb der Eurozone prägt: Die ökonomisch abgeschlagenen Regionen werden von den avancierten Regionen als »Schmarotzer« wahrgenommen, die in der Krise zu einer unzumutbaren Belastung würden. Diese Sichtweise – die in einer allgemeinen Tendenz zur Exklusion der Krisenverlierer aufgeht – gewinnt in Katalonien, Flandern und Norditalien an Boden. Der europäische Krisenseparatismus wird somit maßgeblich von einem ressentimentgeladenen Standortnationalismus und einem ökonomistischen Konkurrenzdenken befeuert. Die Abspaltung wird als eine Maßnahme begriffen, mit der die Krisenfolgen für die eigene Region gemildert und die Krisenlast auf den restlichen Staatsverband abgewälzt werden könnten. Auch in Schottland finden sich übrigens bei der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion diese Argumentationsmuster, nur gewinnen sie nicht dieselbe Überzeugungskraft wie in den oben genannten, wirtschaftlich tatsächlich avancierten Regionen. Eigentlich stellt diese neue separatistische Welle in Europa insofern nur eine neue Stufe der bereits etablierten Konkurrenz um Investitionen zwischen den Regionen dar, die im Gefolge der neoliberalen Revolution zu bloßen »Wirtschaftsstandorten« zugerichtet wurden.



Selbstverständlich befördert die kapitalistische Globalisierung – die selber eine »Flucht nach vorn«, einen Reflex auf den genannten Krisenprozess darstellt – ebenfalls den neuen europäischen »Krisenseparatismus«, indem sie mithilfe der Internationalisierung von Investitions- und Warenströmen der Auflösung der Nationalökonomie weiteren Vorschub leistet. Der nationale Binnenmarkt spielt für viele der Regionen, die noch von der Warenproduktion für den Weltmarkt leben können, nurmehr eine untergeordnete Rolle. Wenn etwa BMW viel mehr Autos in China als in Ostdeutschland absetzt, dann formt dies auch entsprechende politische Prioritäten an seinem »Wirtschaftsstandort«.

Die gegenwärtige kapitalistische Systemkrise geht zudem mit einem regionalen, flächenmäßigen »Abschmelzen« der hochproduktiven warenproduzierenden Industrie einher, die in eine konzentrierte Clusterbildung auf relativ kleiner räumlicher Fläche übergeht. Diese Anballungen von hochproduktiver Industrien, die sich im gnadenlosen Verdrängungswettbewerb etabliert haben, sind in globale Wertschöpfungsketten eingebunden und sie produzieren hauptsächlich für den Weltmarkt. Die ökonomische Verflechtung mit den ökonomisch abgehängten und deindustrialisierten Regionen innerhalb derselben Nation nimmt hingegen immer weiter ab. Bayern und Baden-Württemberg bilden mit ihrer avancierten sozioökonomische Struktur somit eher einen Teil der Clusterbildung rund um den Alpenraum, wo in Norditalien, Teilen Österreichs und der Schweiz wirtschaftliche Konzentrationsprozesse ablaufen – bei gleichzeitiger Deindustrialisierung in weiten Teilen Europas.

Die Krise beschleunigt folglich eine längerfristige Tendenz des regionalen Auseinanderdriftens, bei der einige wirtschaftlich erfolgreiche Regionen sich Landstrichen gegenübersehen, die von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit geprägt sind. Die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Südtirol und Sizilien, zwischen Katalonien und Andalusien, oder zwischen der erfolgreichen Region Bayern und den postindustriellen Brachlandschaften des Ruhrgebiets sind bereits jetzt gewaltig – und sie werden im weiteren Krisenverlauf noch zunehmen.

Anschwellender Separatismus bildete immer einen zuverlässigen Indikator für schwere Systemkrisen. Schließlich finden sich in der jüngsten Geschichte genügend historische Parallelen, die die Wechselwirkung von Systemkrise, Systemkollaps und Separatismus veranschaulichen. Auch bei der Implosion des autoritären Staatssozialismus waren es vor allem die ökonomisch am weitesten entwickelten Regionen, die frühzeitig auf ihre Unabhängigkeit vom zerfallenden Staatsverband setzten. In der Sowjetunion drängten etwa die



baltischen Staaten auf die Loslösung, in Jugoslawien war es das wirtschaftlich avancierte Slowenien, das zuerst die Sezession betrieb.

Schließlich lässt der gegenwärtige Separatismus den europäischen Nationalismus als das erscheinen, was er schon immer war: eine im Grunde genommen willkürliche und – historisch betrachtet – relativ junge Ideologie, die erst im 19. Jahrhundert parallel zur Ausbildung von nationalen Volkswirtschaften zur Massenwirksamkeit gelangte. Die Leichtigkeit, mit der neue nationale Identitäten derzeit regelrecht gezüchtet werden, einem Modephänomen gleich auftauchen und wieder verschwinden, deutet auf deren baldigen Zerfall hin. Der Nationalismus ist zum ideologischen Spielball beim eskalierenden Wirtschaftsstandortkrieg geworden. Mit der langsamen Auflösung und Zerfaserung der nationalen Volkswirtschaft in der krisenhaften Globalisierung verliert also auch die nationale Identität ihr Fundament – und deswegen wird sie so wandlungsfähig, instabil und potenziell bösartig.

Dabei hat ironischerweise gerade der »europäische Einigungsprozess« diesen europäischen Regionalismus befördert. Die wirtschaftlichen Vorteile einer Abspaltung können nur deswegen so stark in den Vordergrund der besagten Sezessionsdebatten rücken, weil ein wesentlicher Nachteil nicht mehr gegeben zu sein scheint: Der im Sezessionsfall drohende Wegfall der gemeinsamen nationalen Märkte, der vor allem die Industrie dieser separatismusfreudigen Regionen hart treffen würde, scheint angesichts des europäischen Binnenmarktes seinen Schrecken verloren zu haben. Da die Warenströme nun EU-weit frei fließen können, scheint dem Zentralstaat sein wichtigstes ökonomisches Druckmittel bei einer Sezession – die Schließung der Märkte und die Kappung aller ökonomischen Verbindungen – abhandengekommen zu sein. Die ökonomische Tendenz zur Ausbildung eines supranationalen Marktes mitsamt den korrespondierenden suprastaatlichen Institutionen der EU scheint daher eine Gegenbewegung zum Regionalismus, zur verstärkten regionalen Konkurrenz zu befördern. Die letzte wirksame Drohung des Zentralstaates gegenüber separatistischen Bewegungen bildet nur noch der Verweis auf die Regelungen der EU, denen zufolge die Aufnahme neuer Beitrittsländer der Zustimmung aller EU-Staaten bedarf.

Falls die Eurozone den gegenwärtigen Krisenschub noch einmal überstehen sollte, so wird sie dies tatsächlich in der Gestalt eines neoliberalen »Europas der Regionen« tun, in dem eine gnadenlose Standortkonkurrenz mit zunehmenden sozioökonomischen Abgründen zwischen den Regionen und ausartenden regionalistischen Ressentiments einhergehen werden. Der sich abzeichnende politisch-identitäre Zerfall und die Ausbildung einheitlicher



transnationalen, ja transatlantischen Märkte und Verwertungsräume bilden somit nur unterschiedliche Seiten desselben Krisenprozesses. Und dieser in der Eurozone vorexerzierte Krisenreflex, mittels Expansion der Märkte, Verwertungsfelder und Kreditmöglichkeiten vor den Krisenfolgen zu fliehen, findet seine konsequente Fortsetzung in den Planungen zum Transatlantischem Freihandelsabkommen (TTIP), das von den politischen Eliten in den USA und Europa massiv forciert wird.

Letztlich geht es den Architekten des TTIP beiderseits des Atlantiks darum, möglichst viele institutionelle, politische und soziale Sicherungen zu entfernen, um die stotternde Verwertungs- und Produktionsmaschinerie wieder auf Touren zu bringen: Mühsam erkämpfte Rechte und Regelungen wie Kündigungsschutz, Tarifverträge, Mindestlöhne, Arbeitszeitbestimmungen und Mitbestimmungsrechte werden als Handelshemmnisse angesehen und dürften tendenziell bis auf den niedrigsten gemeinsamen Nenner geschliffen werden. Der Spätkapitalismus als transatlantische Postdemokratie, in der rechtsextreme Ideologien und identitärer Wahn blühen – diese Dystopie scheint mit dem TTIP Wirklichkeit werden zu können.

Deregulierung, Privatisierung und Beschränkung politischer Interventionsmöglichkeiten – diese Tendenzen des Neoliberalismus möchte TTIP auf die Spitze, ins Extrem treiben. Diese totale ›Entsicherung‹ des Spätkapitalismus droht vor allem in der Finanzsphäre. Insbesondere die Europäer drängen darauf, die transatlantischen Finanzmärkte wieder für all die tollen »Finanzprodukte« – in denen faule Hypotheken »verbrieft« wurden – zu öffnen, deren Handel nach dem Zusammenbruch der Immobilienblasen in den USA verboten worden waren, wie *Spiegel Online* am 27. Januar 2015 berichtete.<sup>87</sup> Hierzu solle nach dem Willen der EU-Kommission die Finanzmarktregulierung nicht mehr von Parlamenten ausgehandelt werden: »Die Parteien richten ein gemeinsames Forum zur finanziellen Regulierung ein. Dieses Forum ist verantwortlich für die Kooperation bei der Regulierung im Finanzmarktbereich«, meldete der *Spiegel*. Das käme einer Aushebelung der parlamentarischen Kontrolle gleich, erklärte der grüne österreichische Europaparlamentarier Michel Reimon: »Wir Abgeordnete dürften dann Gesetze nur noch so erlassen, dass sie mit den Beschlüssen dieses Forums übereinstimmen.«

Die intendierte Aufhebung der Finanzmarktregulierung, die als Akt nackten Wahnsinns erscheint, ist innerhalb der Logik, die der Einrichtung der geplanten Freihandelszone zugrunde liegt, folgerichtig. Letztendlich beab-

<sup>87</sup> »Freihandelsabkommen: TTIP hebt Finanzmarktregulierung aus«, *spiegel.de*, 27.01.2015



sichtigt TTIP ja, in größerem Maßstab eine ähnliche Defizitkonjunktur zu etablieren, wie sie die Eurozone in der ersten knappen Dekade ihres Bestehens in Gang gebracht hat. Zur Erinnerung: Nach der Einführung des Euro sind die Kreditkosten in der Peripherie Europas massiv gesunken. Länder wie Spanien, Italien, Irland und Griechenland schienen auf einmal die Bonität der BRD zu haben, was die schuldenfinanzierten und mit allerlei Blasenbildungen einhergehenden »Wirtschaftswunder« in diesen Ländern erst ermöglichte – und der deutschen Exportwirtschaft bis zum Zusammenbruch dieser Defizitkonjunktur Absatzmärkte sicherte. Eine ähnliche Defizitkonjunktur soll nun auf transatlantischer Ebene initiiert werden, um die Eurozone trotz des deutschen Spardiktats aus ihrer Deflation zu führen. Zu diesem Zweck müssen die lästigen Regulierungen geschleift werden, die nach dem Platzen der letzten Immobilien- und sonstigen Blasen erlassen wurden.

Es ist eine Flucht nach vorn: Die verheerenden ökonomischen und sozialen Folgen der letzten geplatzten Finanzblase in Europa sollen unter Einsatz einer neuen transatlantischen Finanzblasenbildung zumindest vorübergehend überwunden werden. Auf erweiterter transatlantischer Ebene soll ein ähnlicher Prozess angestoßen werden, wie er im Rahmen der Gründung und Expansion der Europäischen Union abgelaufen ist – und Europa bis zum Krisenausbruch ein knappes Jahrzehnt kreditfinanzierten Wachstums beschert hat. Dieses Löschen mit Benzin ist, wie unbeabsichtigt auch immer, ein Grundelement neoliberaler Politik angesichts sich krisenbedingt zuspitzender ökonomischer Verwerfungen und Widersprüche. Seit der neoliberalen Wende Anfang der achtziger Jahre reagieren die Funktionseleiten auf jeden Krisenschub mit einer Flucht nach vorn, die den Kapitalismus buchstäblich ins Extrem treibt und ihn langfristig immer gründlicher destabilisiert.

Konfrontiert mit der manifesten inneren Schranke der Kapitalverwertung, dem Abschmelzen der wertbildenden Lohnarbeit innerhalb der Warenproduktion, verfolgt die Politik bereits seit einiger Zeit jene Strategien, die in TTIP nur ihre extremistische Vollendung finden: Lohnkahlschlag, Privatisierungen, Deregulierung insbesondere der Finanzsphäre. All diese Optionen zur Sanierung der Verwertungsbedingungen führen zur langfristigen Destabilisierung des Gesamtsystems. Die Absenkung des Preises der Ware Arbeitskraft (seit den Achtzigern stagnieren die realen Löhne in den USA) hat die Massennachfrage einbrechen lassen; nur durch Privatisierungsprozesse auf den Finanzmärkten konnte sie um den Preis immer größerer Verschuldung reanimiert werden. Das eröffnet zwar dem Kapital neue Verwertungsfelder, doch bringt es mittelfristig den Verfall der spekulativ heimgesuchten Infrastruktur mit sich.

Als Paradebeispiel können hier die marode Wasserversorgung Londons und das britische Schienennetz gelten, das zur Fortbewegung zu benutzen einem Abenteuer gleichkommt.

TTIP ist nicht nur ein Versuch, die Systemkrise des Kapitalismus auf beiden Seiten des Atlantiks durch einen weiteren Liberalisierungsschub zumindest zu bremsen, sondern das Abkommen, Grundlage einer Art Handels-Nato, ist auch eine kaum verhohlene Kriegserklärung an die Schwellenländer. Denn es geht beim Vertrag nicht mehr um die Eroberung neuer Märkte, wie noch in der historischen Phase der Kapitalexpansion, sondern um den Ausschluss etwaiger Konkurrenten. Das gilt sowohl für das transatlantische Freihandelsabkommen als auch für das zur gleichen Zeit von Washington forcierte pazifische Handelsabkommen. Die *Neue Zürcher Zeitung* hat die geopolitische Dimension dieser »diskriminierenden Präferenzabkommen« beschrieben:<sup>88</sup> TTIP beabsichtige selbstverständlich auch die Ausgrenzung Russlands, die möglichst weitgehende Zurückdrängung russischen Einflusses in Europa. Ein ähnlich strukturiertes »Freihandelsabkommen« plant Washington auch für den pazifischen Raum – dort mit dem Ziel, die Wirtschaftstätigkeit Chinas drastisch zu beschneiden: »Am Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP) nehmen zwölf Länder, einschließlich des wirtschaftlichen Schwergewichts Japan, teil. China ist nicht eingeladen, diesem Abkommen beizutreten.« Sollte es den USA gelingen, »sowohl das transatlantische als auch das transpazifische Abkommen zum Abschluss zu bringen«, würde handelspolitisch eine neue, eine »bipolare Ordnung« entstehen.

Eine solchermaßen global ausgedehnte atlantisch-pazifische Freihandelszone würde die meisten Schwellenländer und wichtigsten globalen Herausforderer der westlichen Hegemonie, die mittelfristig die Dominanz des US-Dollar als Weltleitwährung infrage stellen könnten, »draußen« halten: China und Russland. Die Wochenzeitung *Die Zeit* hat auf ihrer Online-Seite TTIP als einen »Schutzwall vor den Schwellenländern« bezeichnet, als eine »Revanche des Nordens«, die »die Dominanz der beiden größten Wirtschaftsböcke der Welt festigen« solle.<sup>89</sup> Allein auf die transatlantische Freihandelszone würden rund 50 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und ein Drittel des weltweiten Handels entfallen.

Die *Deutsche Welle* hat in einem Kommentar deutlich gemacht, welche ökonomischen Folgen die Ausschlussmechanismen der Freihandelszonen

88 »Ein transatlantisches Bollwerk?«, nzz.ch, 25.06.2013

89 »Die Revanche des Nordens«, zeit.de, 15.02.2014



auf all jene Volkswirtschaften haben würden, die ihnen nicht angeschlossen sind:<sup>90</sup> »Wo es viele Gewinner gibt, muss es auch ein paar Verlierer geben«, da die Volumina des Welthandels durch TTIP nicht etwa rasch wachsen, sondern lediglich umgeleitet würden. Während die großen Handelsblöcke den Warenaustausch untereinander erweitern dürften, würden die Importe aus Lateinamerika, Asien und Afrika in diese »Super-Freihandelszonen« zurückgehen.

Die Umriss der Dystopie, auf die der Spätkapitalismus zusteuert, zeichnen sich deutlich ab. Der inneren Logik seiner Krisendynamik überlassen, wird das in Agonie befindliche kapitalistische System in Barbarei umschlagen, in einen brutalen und autoritären Unterdrückungsstaat, der durch Militarisierung und umfassende Überwachung die sozialen Folgen des ausartenden Elends in Schach zu halten versucht, während die immer kleiner werdende Schicht von Krisengewinnern sich immer stärker von den verelenden Massen abkoppeln muss, oder in die nackte Gewaltherrschaft von organisierten Banden, wie sie bereits in vielen peripheren Zusammenbruchgebieten des Weltmarktes, in den »Failed States« Afrikas und Arabiens, Realität ist.

Die Menschheit steht somit an einem weltgeschichtlichen Scheideweg. Das gegenwärtige kapitalistische System wird untergehen, dessen Vergesellschaftungsformen – Geld, Ware, Markt, Lohnarbeit – befinden sich offensichtlich bereits in Auflösung. Dieser Krisenprozess wird – sollte er seiner Eigendynamik überlassen bleiben – in die Barbarei münden. Der hauchdünne demokratische Lack wird abblättern und brutale, direkte Gewaltverhältnisse werden zutage treten. Dennoch ist die Geschichte offen, es gibt keine historischen Zwangsläufigkeiten, die Anlass zu einem reaktionären Kulturpessimismus geben müssten. Der Ausgang der nun einsetzenden, chaotischen weltgeschichtlichen Transformationsperiode hängt von den Handlungen der Menschen ab, die um diese Zukunft ringen werden. In gewisser Weise hat auch dieser Prozess längst begonnen, etwa bei den Umwälzungen im arabischen Raum, ohne dass sich die Akteure dieser Kämpfe dessen überhaupt bewusst wären. Der Ausgang dieser Transformationsperiode – ob es sich hierbei um Befreiung oder Barbarei handeln wird – wird somit von diesem Kampf um die Zukunft abhängen.

Dieser konfliktgeladene Prozess, der die Systemtransformation prägen wird, könnte als Transformationskampf bezeichnet werden. Verschiedene Gruppen der spätkapitalistischen Gesellschaft kämpfen hierbei – zumeist un-

90 »Kommentar: Freihandel zwischen EU und USA produziert nicht nur Gewinner«, dw.de, 18.06.2013

bewusst – um die Ausgestaltung des – zumeist unverstandenen – über sie hereinbrechenden Transformationsprozesses, wobei sie im Verlauf dieser Auseinandersetzung selber einen tief gehenden Wandel durchlaufen. Dieser Kampf ist ergebnisoffen, es könnten sich sowohl barbarische als auch emanzipatorische Kräfte durchsetzen, wie der Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein ausführte:<sup>91</sup>

»Wir leben in einer Phase des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem, der kapitalistischen Wirtschaft, zu einem anderen System oder anderen Systemen. Wir wissen nicht, ob dies zum Besseren oder zum Schlechteren sein wird. Wir werden dies erst wissen, wenn wir dorthin gelangt sind, was möglicherweise noch weitere 50 Jahre dauern kann. Wir wissen allerdings, dass die Periode des Übergangs für alle, die in ihr leben, sehr schwierig sein wird. ... Es wird eine Zeit der Konflikte oder erheblicher Störungen ... sein. Es wird auch, was nicht paradox ist, eine Zeit sein, in der der Faktor des freien Willens zum Maximum gesteigert wird, was bedeutet, dass jede individuelle und kollektive Handlung eine größere Wirkung beim Neuaufbau der Zukunft haben wird als in normalen Zeiten, also während der Fortdauer eines historischen Systems.«

Mit zunehmender Krisenintensität werden sich diese Widersprüche verschärfen. Der Ausgang dieses chaotischen Transformationsprozesses ist – wie von Wallerstein konstatiert – völlig unklar, da er von den unendlich komplex verwobenen Handlungen der daran beteiligten Menschen und gesellschaftlichen Kräfte abhängig ist. Das kommende Weltsystem kann viel schlimmer (hierarchischer und diktatorischer) als das gegenwärtige werden – oder auch besser, egalitärer und demokratischer.

Die eingangs konstatierte Wiederkehr offener nationaler Gegensätze in Europa bildet dabei nur ein Durchgangsstadium der zunehmenden krisenbedingten Barbarisierung des Kapitalismus. Deutschland wird keine stabile Hegemonie in Europa errichten können, da es hierzu der Rücksicht auf die Interessen der wichtigsten europäischen Mächte – die eine deutsche Hegemonie so auch hinnehmen könnten – bedürfte. Dies passiert aber gerade nicht; die Bundesrepublik befindet sich in einer Position der Dominanz, die europaweit nicht akzeptiert wird, da die Grundlagen dieser deutschen Dominanz (Leistungsbilanzüberschüsse und Spardiktat) den ökonomischen Zerfall in Südeuropa befördern. Die BRD wird somit gerade nicht zu den vielzitierten »USA Europas«, die ihre Hegemonie auf dem Nachkriegsboom errichten konnten.

Wie schon dargelegt, findet seit Ausbruch der Euro-Krise und dem Kapfen der Verschuldungsdynamik in Europa ein binneneuropäischer Überle-

91 Immanuel Wallerstein, Utopistik, Wien, 2002, S. 43



benskampf zwischen den Euro-Staaten statt, bei dem die wirtschaftlich unterlegenen Länder einen dauerhaften sozioökonomischen Abstieg erleben. Diese nationalen Machtkämpfe realisieren die Folgen des Krisenprozesses, der sich in einem andauernden Prozess von der Peripherie in die Zentren des kapitalistischen Weltsystems frisst und die »Wohlstandsinseln« der »Ersten Welt« immer weiter abschmelzen lässt. Die »Dritte Welt« rückt mit ihrem Elend immer näher an die Zentren heran und breitet sich nun in Südeuropa aus.

Entscheidend für die antikapitalistische Linke sind somit nicht diese neu aufflammenden nationalen Gegensätze, sondern die mittels dieser europäischen Machtkämpfe voranschreitende Krisendynamik, die sich nun bereits in den Zentren des Weltsystems in Gänze manifestiert. Der jeglicher volkswirtschaftlichen Basis beraubte Nationalismus wird im Krisenverlauf ideologisch weiter degenerieren und verschiedenen Formen des Separatismus, des Faschismus oder der Bandenherrschaft (in Ansätzen bereits in der Ukraine) weichen, die bereits in ganz Europa einen enormen Aufschwung erfahren. Ein solcher Zusammenbruchs- und Barbarisierungsprozess bildet daher aufgrund des akkumulierten Zerstörungs- und Vernichtungspotenzials eine elementare Bedrohung menschlicher Zivilisation. Es ist letztlich ein ums Ganze gehender Unterschied, ob der Kapitalismus von einer emanzipatorischen Bewegung aktiv überwunden wird oder an seinen eigenen Widersprüchen kollabiert – im letzten Fall würde es sich um eine endgültige, irreversible Niederlage der antikapitalistischen Linken handeln. Die aktive Überwindung des in Selbsterstörung übergehenden Kapitalismus stellt schlicht eine Überlebensnotwendigkeit der Menschheit dar.

Innerhalb dieses Transformationskampfes besteht zudem die Gefahr, dass die gegenwärtigen, subjektlosen und vermittelten Machtstrukturen sich diesem Transformationsprozess anpassen. Die vermittelte Macht der kapitalistischen Märkte, der stumme Zwang der Verhältnisse, welche die Herrschaft im Kapitalismus kennzeichnen, könnte sich im Transformationsverlauf in direkte, persönliche Herrschaftsverhältnisse wandeln. Ansätze hierzu gibt es bereits bei den Sklavenmärkten des Islamischen Staates, auf denen schon jetzt »erbeutete« Frauen und Mädchen gehandelt werden, oder sind in den deutschen Hartz-IV-Arbeitsgesetzen, die letztendlich eine Klasse von staats-eigenen Zwangsarbeitern geschaffen haben, vorhanden.

Nichts wäre somit verfehler, als die überall um sich greifenden Auseinandersetzungen, Spannungen und Bürgerkriege, die sich auf globaler Ebene zu einem Weltbürgerkrieg (Robert Kurz) zu verdichten drohen, unter der altbekannten Parole des »Klassenkampfes« subsumieren zu wollen. Die



Klassen, das Proletariat wie die Kapitalisten, befinden sich gerade in ihrer krisenbedingten Auflösung. Dies wird insbesondere in den Gesellschaften der Peripherie des kapitalistischen Systems deutlich, die bereits voll von der Krise erfasst worden sind. Es gibt keine nennenswerte Kapitalistenklasse in weiten Teilen Afrikas und Mittelamerikas oder z.B. im Irak, genauso wie es dort keine beständig anwachsenden Heere der Arbeiterklasse gibt. Stattdessen schwillt das Heer der ökonomisch Überflüssigen immer weiter an. Die Kapitalisten werden durch die eskalierenden inneren Widersprüche des Kapitalverhältnisses besiegt, genauso wie das »Proletariat« im Gefolge der Krise verschwindet. Die Frontstellungen des Klassenkampfes lösen sich auf, dieses orthodox-kommunistische Ideologem verliert jeglichen Realitätsbezug. Die ideologische Frontstellung zwischen Proletariat und Kapital ist anachronistisch.

Was sich etwa in der Zusammenbruchsregion des Zweistromlands entfaltet, ist ein mörderischer und von den lokalen Akteuren unwissentlich geführter Krieg um den Verlauf und das Ergebnis des krisenhaften globalen Transformationsprozesses, der in der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems einsetzt. Es ist ein Kampf um die postkapitalistische Zukunft – falls es angesichts des Vernichtungspotenzials, das der Spätkapitalismus akkumuliert hat, überhaupt noch eine geben sollte.

Die Akteure des gegenwärtigen Weltbürgerkriegs, die sich in den unzähligen hoffnungslosen Milizen und organisierten Banden von Somalia über Syrien bis zur Ukraine sammeln, sind ja gerade aus dem kapitalistischen Verwertungszusammenhang herausgefallen. Es sind die Überflüssigen, die nichts mehr zu verlieren haben und – in blinder Wut um sich schlagend – sich das zu nehmen versuchen, was ihnen der absterbende Kapitalismus als Statussymbol eintrichert und zugleich verweigert. Gen Süden blickend können wir somit das Endstadium eines molekularen Krieges aller gegen alle erblicken, das auch die Zentren des kapitalistischen Systems erreichen wird, falls hier die Transformation nicht in zivilisierten Bahnen vollzogen werden sollte.

Vor dem Hintergrund dieses Transformationskampfes, der in der Peripherie schon blutige Realität ist, gewinnen die Auseinandersetzungen um die Krisenpolitik in der Eurozone eine andere Dimension. Es geht für die Linke in den Zentren somit nicht darum, die richtige Politik zu wählen, um den kollabierenden Kapitalismus zu »reparieren«, sondern um Praxisformen, die es ermöglichen, den objektiv ablaufenden, durch die dargelegten inneren Widersprüche des Kapitalverhältnisses angefachten Transformationsprozess in eine progressive, emanzipatorische Richtung zu lenken. Der Transformationskampf, den etwa die kurdische Linke in den Zusammenbruchsgebieten bewaffnet ge-



gen die Zusammenbruchsideologie des islamischen Faschismus führen muss, äußert sich in den Zentren in einem politischen Kampf um eine Alternative zur bürgerlichen Krisenpolitik – und in dem Bemühen um die Diskurshoheit bezüglich dieser in der besagten Krisenfälle verfangenen Krisenpolitik.

Insofern ist beispielsweise eine Positionierung antikapitalistischer Kräfte etwa bei den Auseinandersetzungen um ›reformistische‹ Krisenpolitik durchaus möglich – und auch notwendig. Der barbarische und absurde Charakter der gegenwärtigen Krise, die ja eine Eigendynamik besitzt, die nicht einmal von Merkel und Schäuble kontrolliert werden kann, muss somit die Einschätzung der systemimmanenten Realpolitik bestimmen – sie muss gemäß ihres transformatorischen Potenzials beurteilt werden. Obwohl weder der linke Keynesianismus, wie er von Athens Linksregierung propagiert wurde, noch der Neoliberalismus Berlins diese Krise des Kapitals überwinden können, besteht doch ein entscheidender Unterschied zwischen diesen Politikansätzen.

Die sinnlose Unterwerfung unter die kriselnde Kapitallogik, wie sie Berlin predigt, führt – wie es in Kapitel 4 dargelegt wird – zur Entstehung von rechts-extremen Ideologien der Unterwerfung. Der nachfrageorientierte Keynesianismus linker Prägung, der sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, öffnet zumindest eine Perspektive, künftig über die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen jenseits des Kapitalverhältnisses zu diskutieren, die Markt und Kapital aufgrund einer systemischen Überproduktionskrise nicht mehr befriedigen können. Ein Paul Krugman ist einem Wolfgang Schäuble jederzeit vorzuziehen.

Es geht somit nicht um die Umsetzung der keynesianischen Politik, sondern um eine Diskursverschiebung. Nicht die absurden und in der Krise sich verschärfenden Anforderungen der kollabierenden Kapitalverwertungsmaschinerie sollen ins Zentrum der Diskussion rücken, sondern die unverhandelbaren menschlichen Bedürfnisse, die es zu befriedigen gilt. Es gilt darum, den noch in den Zentren gegebenen demokratischen Spielraum zu nutzen, um die Absurdität der gegenwärtigen Krisen und der zunehmenden Krisenkonkurrenz offenzulegen und eine breite emanzipatorische Bewegung zu initiieren, die den Transformationsprozess in zivilisierte Bahnen lenkt – noch bevor die Zeit des organisierten Bantentums und der Milizen anbricht.

Irrsinnig ist dieser krisenbedingt eskalierende Transformationsprozess deswegen, weil die gegenwärtige Systemkrise des Kapitals nicht durch Mangel, sondern durch potenziellen Überfluss ausgelöst wurde. Das System erstickt an seiner Produktivität, wie etwa ein Blick auf den europäischen ›Immobilienmarkt‹ offenlegt. Nach dem Zusammenbruch aller Spekulati-



onsblasen stehen europaweit rund elf Millionen Wohnungen leer, während die Zahl der Obdachlosen auf rund vier Millionen angestiegen ist. Dieser absurde Zustand gilt als ›Normalität‹. Ähnlich verhält es sich mit dem Recht auf Nahrung in dem »Deutschen Europa«, wo rund die Hälfte aller Lebensmittel auf dem Müll landet, während Unterernährung und Hunger – insbesondere bei Kindern – in Spanien und Griechenland zunehmen. Die materiellen Bedingungen eines würdevollen Lebens für alle sind längst vorhanden und dennoch nehmen Mangel und Konkurrenz zu, da die gesamte Gesellschaft nur auf die zusehends stotternde Reproduktion des Kapitals geeicht ist und Menschen nur dann eine Reproduktionsmöglichkeit finden, wenn sie innerhalb dieser destruktiven Verwertungsbewegung noch ›gebraucht‹ werden.